

Arbeit im Alter: Eine kleine soziale Bombe

Die OECD fordert eine längere Lebensarbeitszeit.

Wien (schell). Während in Europa breite Bevölkerungsteile die Auffassung teilen, ein möglichst früher Pensionsantritt sei Ausdruck einer hoch entwickelten Volkswirtschaft, kommt die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) zu einer etwas anderen Einschätzung: Eine längere Lebensarbeitszeit wird für die Länder der zivilisierten Welt entscheidend, wollen sie ihre gut ausgestatteten Pensionsysteme am Leben erhalten.

Das Problem ist weitgehend bekannt: Eine erfreulicherweise rasant steigende Lebenserwartung steht stark rückläufigen Geburtenraten gegenüber. Erwirtschafteten vor vier Jahren noch 100 Beschäftigte die Renten von 38 Pensionisten, werden im Jahr 2050 rund 70 Rentner auf 100 Aktive kommen. In anderen Worten: Einer sukzessive kleiner werdenden Gruppe Jüngerer werden sukzessiv steigende Pensionslasten aufgeschultert. Die OECD kritisiert, dass in deren 30 Mitgliedsländern schon heute zu wenig Über-50-Jährige in Beschäftigung stehen. Besonders auffallend ist dies in drei EU-Ländern: Belgien, Luxemburg und Österreich.

In keinen anderen Staaten ist die Differenz zwischen gesetzlichem und faktischem Pensionsalter höher als in diesen drei.

Hoch ist hierzulande die Beschäftigungsquote bei "mittelalten" Bevölkerungsteilen. Fast 85 Prozent der 25- bis 49-Jährigen hat in Österreich Arbeit, das ist deutlich mehr als in den meisten anderen OECD-Staaten (der Schnitt liegt bei 75 Prozent). Zu den Schlusslichtern zählt Österreich allerdings, was die Beschäftigung der 50- bis 64-Jährigen betrifft (siehe unten stehende Grafik). Nur Belgien, Italien, Polen und die Türkei liegen hier noch hinter Österreich. Schaffen es die entwickelten Volkswirtschaften nicht, über 50-Jährige länger in Beschäftigung zu halten, droht sich ein kleiner Teufelskreis in Bewegung zu setzen. Nicht nur die Finanzierung der Pensionen würde den jüngeren Generationen langsam aber sicher über den Kopf wachsen, auch das Wirtschaftswachstum würde in den 30 OECD-Staaten deutlich zurückfallen. In den nächsten drei Jahrzehnten wird die Wirtschaft (pro Kopf) um 1,7 Prozent im Schnitt wachsen das sind 30 Prozent weniger als zwischen 1970 und 2000.

Die OECD fordert von den Regierungen gesetzliche Regelungen zur Förderung von Arbeit im Alter. In den Unternehmen sei wiederum die Praxis von Zwangs-Frühpensionierungen zu hinterfragen, ältere Arbeitnehmer müssten indes ihre ablehnende Haltung zu längeren Lebensarbeitszeiten überdenken.

Die Presse, 11.10.2005